

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Verwaltungsreform, Kommunikations- und Informationstechnik

12. Sitzung
4. Oktober 2007

Beginn: 9.05 Uhr
Ende: 13.20 Uhr
Vorsitz: Henner Schmidt (FDP)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Vorsitzender Henner Schmidt teilt mit, dass keine Besprechungspunkte angemeldet worden seien und auch keine Wortmeldungen vorlägen. Der Tagesordnungspunkt sei damit erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage - zur Beschlussfassung - [0044](#)
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
von Berlin für die Haushaltsjahre 2008 und 2009
(Haushaltsgesetz 2008/2009 - HG 08/09)
Drs 16/0750
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)
Rote Nr. des Hauptausschusses 0383

Vorsitzender Henner Schmidt erinnert daran, dass die Mitteilung zur Einladung die Berichte des Senats aufführe, die als rote Nr. des Hauptausschusses eingegangen seien und in die Beratung einbezogen würden. In der Mitteilung seien auch noch weitere Unterlagen für die heutige Beratung genannt. Das Schreiben Sen-Just-IB 4-5120 E1(2008/2009) vom 26. 9. 07 – Sammelvorlage –, betr.: Einzelplan 06 habe mittlerweile die rote Nr. 0671 erhalten. – In der Liste fehlten einige rote Nrn., die in anderen Ausschüssen zu IuK-Titeln angefordert worden seien und den Ausschuss für Verwaltungsreform, Kommunikations- und Informationstechnik erst kurzfristig erreicht hätten. Es handele sich um die roten Nrn. 0524, 0535, 0544 und 0626.

Thomas Birk (Grüne) weist darauf hin, dass auch die roten Nrn. 0555 und 0549 in die Beratung einzubeziehen seien.

Kirsten Flesch (SPD) erklärt, dass ihr die angeführten roten Nrn. teilweise unbekannt seien. Insofern müsse man erst einmal sicherstellen, dass alle diese Vorlagen zur Kenntnis nehmen könnten.

Vorsitzender Henner Schmidt stellt Einvernehmen fest, bei den betreffenden Titeln zu entscheiden, in welcher Form die angeführten roten Nrn. einbezogen würden.

Die sehr späte Beantwortung der Berichtsaufträge sei zu kritisieren. Die Berichte von SenJust bzw. SenInnSport seien erst am 28. 9. 07 um 19.00 bzw. 19.30 eingetroffen; das habe insbesondere in Bezug auf die rote Nr. 0652 eine tieferegehende Haushaltsprüfung kaum zugelassen. Dennoch danke er für die vielen Berichte, da sich damit aus seiner Sicht viele Fragen erledigt hätten.

Bisher seien folgende Anträge der Fraktionen eingegangen: Erstens der Vorschlag der FDP-Fraktion für einen Auflagenbeschluss zu Open Source vom 1. 10. 07 (siehe Anlage 3 zum Beschlussprotokoll) sowie Änderungsanträge zu einzelnen Titeln vom 1. 10. 07 (siehe Anlage 2 Beschlussprotokoll) und zweitens Beschlussentwürfe der Koalitionsfraktionen für einen Auflagenbeschluss zur Steuerung des IT-Einsatzes vom 2. 10. 07 (siehe Anlage 4 zum Beschlussprotokoll) und für eine Stellungnahme zu Kapitel 05 01 vom 2. 10. 07 (siehe Anlage 5 zum Beschlussprotokoll). – Änderungsanträge der Grünen würden gerade verteilt (vgl. Anlage 6 und Anlage 7 zum Beschlussprotokoll).

Die allgemeine Debatte sei bereits in der 1. Lesung geführt worden. Im Folgenden werde man die Beratung zu den einzelnen Titeln durchführen, und zwar zunächst zu den die Verwaltungsreform betreffenden Titeln und anschließend zu den IuK-Titeln.

Thomas Birk (Grüne) beantragt, zu dem IuK-Teil ein Wortprotokoll zu erstellen.

Vorsitzender Henner Schmidt stellt hierzu Einvernehmen fest. Man beginne nun mit I. Verwaltungsreform und dem Einzelplan 12. Aufgerufen sei zunächst Kapitel 12 00.

Kapitel 12 00 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 540 01 – Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform –

Mieke Senftleben (FDP) beantragt, den Ansatz bei Titel 540 01 für 2008 und 2009 jeweils um 16 000 € zu kürzen. Aus diesem Titel würden verschiedene Maßnahmen finanziert, und zwar auch die Begleitung der Organisationsprozesse. Deshalb solle diese Kürzung erfolgen.

Michael Ponto (SenStadt) erklärt, dass die Organisationsentwicklung und Prozessoptimierung einen wesentlichen Punkt der Verwaltungsreform darstelle, den man entsprechend vorantreibe. § 1 VGG lege fest, dass es einer ständigen Weiterentwicklung der Organisation bedürfe. Deshalb liege ein Schwerpunkt auf der Organisationsentwicklung und auf dem Personalmanagement – § 6 VGG. Im Teil F der Vorlage – rote Nr. 0595 – habe man dargestellt, wie sich die Mittel im Einzelnen zusammensetzten. Im Jahr 2006 hätten Fortbildungen für über 350 Mitarbeiter stattgefunden. Zu verweisen sei auch auf die Organisationsentwicklungsprozesse für die Verkehrslenkung Berlin, für das Landesdenkmalamt und für die Abt. I – Stadt- und Freiraumplanung –. Man wolle diese für die Verwaltungsreform wichtige Aufgabe mit der gleichen Intensität und auf dem gleichen Niveau fortführen.

Vorsitzender Henner Schmidt bittet um eine nähere Erläuterung zu dem Punkt „aufgabenkritischer Organisationsprozess“.

Michael Ponto (SenStadt) weist darauf hin, dass die Verkehrsverwaltung mit Teilen des Polizeipräsidiums zusammengelegt worden sei und man deshalb die Integration beider Bereiche habe sicherstellen müssen. Deshalb habe z. B. ein Schwerpunkt der Organisationsentwicklungsprozesse bei der Verkehrslenkung Berlin gelegen. Ähnliches gelte für das Landesdenkmalamt, das sehr vielfältige Aufgaben wahrzunehmen habe und wo jetzt ein längerer Organisationsentwicklungsprozess eingeleitet worden sei. Bei der Abt. I würden auf diesem Weg die Grün- und die Stadtplanung weiter zusammengeführt. In den nächsten Jahren wolle man diesen Weg auch in anderen Bereichen gehen. SenStadt sei hinsichtlich der Verwaltungsreform sehr enga-

giert; ohne die Bereitstellung der vorgesehenen Mittel könne man diesen erfolgreichen Prozess nicht in der bisherigen Form fortsetzen.

Der **Ausschuss** lehnt den FDP-Antrag zu Titel 540 01 ab.

Kapitel 05 00 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 525 01 – Aus- und Fortbildung –

Vorsitzender Henner Schmidt teilt mit, dass sich die Frage der FDP-Fraktion zu diesem Titel erledigt habe.

Titel 540 50 – Innovationsfonds Bürgerdienste –

Vorsitzender Henner Schmidt teilt mit, dass sich die weitere Behandlung dieses Titels aus Sicht der antragstellenden Fraktion erledigt habe.

Kapitel 05 01 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Verwaltungsreform –

Titel 540 01 – Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform –

Titel 540 60 – Dienstleistungen für die IuK-Technik –

Henner Schmidt (FDP) verweist auf die hierzu vorliegenden roten Nrn. 0398 und 0652 sowie auf die vorliegenden Änderungsanträge der FDP-Fraktion.

Mieke Senftleben (FDP) beantragt, bei Titel 540 01 eine qualifizierte Sperre über 1,4 Mio € anzubringen. Diese Mittel seien für konkrete Projekte der Verwaltungsreform vorgesehen. Erstens würden die Ansätze nicht voll ausgeschöpft, wobei den Resten kein konkretes Projekt zugeordnet sei. Zweitens enthalte die Auflistung auch verwaltungsreformfremde Aufgaben wie z. B. die Langzeitarchivierung oder die Tierversuchskommission. Warum erfolge in diesen Fällen eine Zuwendung aus diesem Titel? – Drittens lehne man einige der aufgeführten Projekte ab. – Mit der qualifizierten Sperre solle sichergestellt werden, dass die Mittel für sinnvolle Projekte der Verwaltungsreform verausgabt würden.

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) bittet darum, diesem FDP-Antrag nicht zu folgen. Man habe in den Steuerungsgremien für die Verwaltungsreform ein Instrumentarium entwickelt, um nach einem festgelegten Kriterienkatalog die Projekte der Verwaltungsreform zu spezifizieren und die jeweilige Geeignetheit detailliert zu überprüfen. Es wäre angesichts des angestrebten Bürokratieabbaus inkonsequent, wenn man im Parlament für jeden Anteil dieser Finanzierungsmittel die Freigabe beantragen müsse, während man doch gleichzeitig in bestimmten Intervallen über den Fortschritt der Projekte umfassend zu berichten habe. Die Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments seien über die Berichterstattung ausreichend gewährleistet, denn damit bestehe auch die Möglichkeit zu Eingriffen.

Der **Ausschuss** lehnt den FDP-Antrag zu Titel 540 01 ab.

Mieke Senftleben (FDP) beantragt zu Titel 540 60, für die Koordinationsstelle für bezirkliche IT-Verfahren – KoBIT – in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 300 000 € einzustellen. Die Mittel könnten den Bezirken für die auftragsweise Bewirtschaftung übertragen werden, damit diese eigenverantwortlich damit umgehen könnten.

Vorsitzender Henner Schmidt nimmt für seine Fraktion Stellung. Die Bezirke seien zurzeit insbesondere bei der Open-Source-Thematik nicht genügend koordiniert. Man habe im Ausschuss mehrfach erlebt, dass beschlossene Standards zwar in der Hauptverwaltung, aber nicht in den Bezirken durchgesetzt würden. Deshalb sollten über die KoBIT stärkere Möglichkeiten geschaffen werden, um die Einheitlichkeit in den Bezirken zu erreichen. Dafür müssten deren Mittel aufgestockt werden, denn die bisherigen reichten nicht aus.

Thomas Birk (Grüne) erklärt, die Absicht der FDP-Fraktion sei zwar bedenkenswert, doch könne man nicht im voraus Mittel bereitstellen, ohne dass ein entsprechender Beschluss des Senats oder des Rats der Bürgermeister zu diesem Projekt vorliege.

Kirsten Flesch (SPD) stimmt dem Vorredner zu. Bei den Projekten, die aus Kapitel 05 01 finanziert würden, handele es sich um Projekte der Bezirke. Die Bezirke hätten aber nicht erkennen lassen, dass sie derzeit eine Verstärkung der KoBIT-Mittel für notwendig hielten. Deshalb werde sie dem FDP-Antrag nicht zustimmen. Ohnehin fehle ein Vorschlag für die Gegenfinanzierung.

Vorsitzender Henner Schmidt merkt an, dass im FDP-Antrag die Gegenfinanzierung erwähnt sei.

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) erinnert an die Systematik, nach der man die aus diesem Titel finanzierten Projekte steuere. Auch die Bezirke hätten die Möglichkeit, in dem zuständigen Steuerungsgremium für ein konkretes Projekt Mittel zu beantragen. Das Steuerungsgremium, in dem die Bezirke vertreten seien, entscheide darüber, ob Mittel aus diesem Titel zur Verfügung gestellt würden. Das Projekt müsse dann aber so konkretisiert werden, dass erkennbar sei, dass es den bereits erwähnten Kriterien entspreche.

Der **Ausschuss** lehnt den FDP-Antrag zu Titel 540 60 ab.

Vorsitzender Henner Schmidt stellt fest, dass damit alle zurückgestellten und mit Berichtsaufträgen versehenen Titel aus dem Bereich Verwaltungsreform abgearbeitet seien. – An dieser Stelle sei noch über den vorliegenden Vorschlag der Koalitionsfraktionen für eine Stellungnahme abzustimmen.

Kirsten Flesch (SPD) verweist auf die guten Erfahrungen mit der Berichtssystematik der Neuordnungsgenda. Dieses gute Steuerungsinstrument solle fortgeführt werden.

Thomas Birk (Grüne) hebt hervor, dass demnach die Berichterstattung nicht mehr halbjährlich, sondern mit Ausnahme der Berichte zu den Leitprojekten und zu den kofinanzierten Projekten nur noch jährlich erfolgen solle. Was sei mit Leitprojekten gemeint? Warum solle auf eine Information in kurzen Abständen verzichtet werden? Wie sei dann noch ein rasches Reagieren auf Probleme möglich?

Kirsten Flesch (SPD) erklärt, zu den aus Kapitel 05 01 kofinanzierten Projekten werde weiterhin halbjährlich berichtet. Mit den anderen Projekten sei der Ausschuss nicht unmittelbar befasst. – Man habe mehrmals Halbjahresberichte nur in einem Abstand von einem oder zwei Monaten behandelt; insofern sei hierbei nicht richtig zeitnah gearbeitet worden. Zudem benötige die Verwaltung Zeit, um die Projekte richtig umzusetzen. Es helfe wenig, wenn man Berichte erhalte, die lediglich berichteten, dass es keinen Fortschritt gebe. Bei einem Berichtszeitraum von einem Jahr könne man zu einem deutlicheren Urteil kommen.

Thomas Birk (Grüne) entgegnet, dass die Berichterstattung zu den einzelnen Projekten auch für die Fachausschüsse von Bedeutung sei. Dort müsse eine zeitnahe Befassung anhand der Projektblätter ermöglicht werden, um bei Problemen rechtzeitig eingreifen zu können.

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) erklärt, größere Berichtsintervalle seien sinnvoll und sehr zu begrüßen. Das sei ein Beitrag zum Bürokratieabbau; ihm sei es lieber, wenn die Mitarbeiter ihre Energie in die Umsetzung der Projekte statt in derart kurzfristigen Intervallen vorzulegende Berichte steckten. – Nach seiner Erfahrung werde in den Fachausschüssen häufig nicht anhand der Projektblätter diskutiert, sondern dort würden in der Regel gezielte Sonderberichte angefordert, wenn es in den Projekten Probleme gebe, wobei die Fachpolitiker an diesen Projekten „relativ nah dran“ seien. – Bei den Leitprojekten oder Projekten, wo der Ausschuss verfolgen wolle, ob die Mittel angemessen verausgabt würden, sei hingegen die kürzere Berichterstattung zielführend.

Andreas Statzkowski (CDU) hebt hervor, dass es nicht nur um die Mittelverwendung, sondern auch um die Überprüfung der Fortschritte dieser Projekte gehe. Insofern sei ein halbes Jahr kein kurzer, sondern ein angemessener Berichtszeitraum, der auch dafür Sorge, dass die Mitarbeiter der Verwaltung bzw. die politisch

Verantwortlichen den Druck des Abghs hinsichtlich der Umsetzung der Projekte verspürten. – Er lehne deshalb den Antrag der Koalitionsfraktionen ab.

Thomas Birk (Grüne) stellt fest, dass die Erarbeitung von Sonderberichten ebenfalls einen bürokratischen Aufwand darstelle. – Die Leitprojekte seien offenbar nur die fünf unter A angeführten Projekte; das sei reichlich wenig. – Es wäre ein Rückschritt, wenn die bisher vorbildliche Berichterstattung reduziert würde. Er lehne den Antrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls ab.

Vorsitzender Henner Schmidt nimmt für seine Fraktion Stellung. – Die rote Nr. 0398 könne man nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen, denn darin seien – wie Mieke Senftleben bereits ausgeführt habe – mehrere Projekte enthalten, die nicht als Projekte der Verwaltungsreform gelten könnten und offenbar nur in dieses Programm gelangt seien, um das Budget aufzufüllen.

Dr. Peter-Rudolf Zotl (Linksfraktion) erklärt, zum einen gehöre es wohl zum üblichen Spiel, dass eine Opposition den Entwurf der Regierungskoalition nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen könne. – Zu der Frage der Berichtsabstände selbst: Für den Ausschuss genüge es, einmal im Jahr einen Überblick zu erhalten und die Projekte, für die man eine besondere Verantwortung habe, intensiv zu verfolgen. Die spezifischen Fachprojekte sollten hingegen in den Fachausschüssen näher betrachtet werden, wobei nicht über alle Projekte halbjährlich zu berichten sei. Hierauf sollte man auch die Kollegen und Kolleginnen in den eigenen Fraktionen gezielt ansprechen.

Andreas Statzkowski (CDU) betont, dass diese Frage nicht als Spiel zwischen Regierung und Opposition betrachtet werden sollte. – Die Aussagen des Vorredners seien auch inhaltlich unzutreffend: Beispielsweise sei der Ausschuss für Bildung und Jugend technisch gar nicht in der Lage, diese Aufgabe in der dargestellten Weise zu erfüllen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Vorschlag der Koalitionsfraktionen für eine Stellungnahme zu.

Vorsitzender Henner Schmidt stellt fest, dass damit die Beratung der Verwaltungsreform-Titel beendet sei und nun die IuK-Titel aufgerufen würden.

Hierzu siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

.